

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

30.9.1931 (No. 227)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Redaktion:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Bernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto:
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
i. V.:
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Gustav Cassel über die Weltkrise

Ursache: Die Goldhäufung Amerikas und Frankreichs

Der schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel hielt am Dienstagabend vor dem Stockholmer Sender einen Vortrag über das Thema „Stehen wir vor der Aufhebung der Goldwährung?“, der auf den Berliner Sender übertragen wurde.

Die Krise, so führte Cassel aus, sei eine Folge der außerordentlichen Nachfrage nach Gold, die den Wert des Goldes plötzlich enorm gesteigert habe; das sei gleichbedeutend mit einer Warenpreissteigerung. Die Erschütterungen der Weltwirtschaft seien durch die Goldhortungen in Frankreich und den Vereinigten Staaten hervorgerufen worden. Hätten beide Staaten das ihnen zugeflossene Gold der Weltwirtschaft wieder zugeführt, so wäre die verheerende Wirtschaftskrise vermieden worden. Die Gläubiger der Welt hätten aus lauter Misstrauen ihre Forderungen möglichst einzuziehen versucht, und so wäre ein Rand nach dem anderen zahlungsunfähig geworden; zunächst seien Australien und einige südamerikanische Staaten, dann Österreich und Deutschland und schließlich selbst das „reiche England“ der Krise zum Opfer gefallen und zur Aufgabe der Goldwährung gezwungen worden.

Professor Cassel untersuchte dann die Mittel, die aus der gegenwärtigen Weltkrise herauszuführen könnten. Es müsse eine systematische Beschränkung der Nachfrage nach Gold eingeführt werden. Die Banken hätten ihre Ansprüche auf Goldreserven wesentlich herabzusetzen. Das könne aber nur gelingen, wenn die Einsicht durchdringe, daß Goldreserven lediglich den Zweck hätten, keine Unregelmäßigkeiten in der internationalen Zahlungsbilanz auszugleichen; eine besondere Goldbedeutung sei nicht erforderlich.

Dann untersuchte der Redner das Problem, ob ein Geldsystem auf anderer Grundlage als der des Goldes möglich sei. Die Vorschläge einer Silberwährung wurden von Cassel abgelehnt. Die Kaufkraft der Zahlungsmittel, so erklärte Cassel, hänge lediglich von der „Annehmlichkeit“ ab. Es müßten also alle Länder mit Papierwährung zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Wechselkursstabilität übereinstimmen. Das könnte, so schloß Cassel, am besten in der Weise geschehen, daß England die Leitung übernehmen und selbst eine Papierwährung mit beständiger Kaufkraft ebenso wie Frankreich und die Vereinigten Staaten schaffen würde.

Eine amerikanische Stimme

Der aus Europa nach New York zurückgekehrte Bankier Albert Wiggin erklärte gegenüber Presseleuten, in Amerika würden nicht eher normale Geschäftsverhältnisse herrschen, bis Europa, Südamerika und Asien wieder Kaufkraft besäßen, und bis Europa, besonders Deutschland, wieder normal funktionieren könne. Das Gold der Welt sei in wenigen Händen konzentriert: Kreditgewährung sei notwendig; aber Kredit allein genüge nicht, auch könne ein hinreichender Kredit bei den bestehenden Verhältnissen gar nicht gewährt werden. Der Bericht des Baseler Bankierkomitees sei ein angemessenes Programm zur Neubehaltung des Vertrauens und zur Herstellung einer gesunden Kreditgrundlage. Der Bericht des Komitees, dessen Vorhaben er gewesen sei, führe im wesentlichen aus, daß die Wiederherstellung des europäischen Kredites von einer Herabsetzung der Reparationen und der alliierten Kriegsschulden, sowie der Zolltarife und von einer deutsch-französischen Annäherung abhänge. Die Zusammenkunft französischer und deutscher Staatsmänner in Deutschland und die bevorstehende Zusammenkunft Hoover und La-bals in Washington, werde letzten Endes wirtschaftspsychologisch von Nutzen sein.

10,50 Milliarden Sparkasseneinlagen Ende August

Abnahme in drei Monaten 719 Millionen

Ende August 1931 beliefen sich die Sparkasseneinlagen bei den deutschen Sparkassen auf 10 504,88 Millionen RM gegenüber 10 805,65 Millionen RM Ende Juli 1931. Der Berichtsmonat weist mithin eine Abnahme um 300,77 Millionen RM gegenüber einer Abnahme um 267,82 Millionen RM im Juli auf.

Im einzelnen betragen die Einzahlungen 354,08 (Juli 434,54) Millionen RM, davon aus Aufwertung 8,68 (5,18) Millionen RM und aus Zinsengutschriften 1,73 (10,18) Millionen RM und die Auszahlungen 654,85 (702,16) Millionen RM.

Die Schecks, Giro-, Kontokorrent- und Depositeneinlagen stellten sich Ende August auf 1246,57 Millionen RM gegenüber 1277,47 Millionen RM Ende Juli.

Der Rückgang der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen, der im Juni eingestiegen hatte, hat also im August seinen Fortgang genommen. Die Verminderung der Spareinlagen hat in diesen drei Monaten die Höhe von 718,68 Millionen RM erreicht.

Die Einzahlungen waren im August um 80,46 Millionen RM geringer als im Juli, die Auszahlungen um 47,31 Millionen RM niedriger als im Juli.

Ein Initiant Antrag der SPD. zu erwarten? Bei einer öffentlichen Versammlung in Nürnberg teilte heute hier der Reichstagsabgeordnete Hoffmann, Stuttgart mit, daß beim Zusammentritt des Reichstages am 13. Oktober die Sozialdemokratische Partei einen dringenden Initiant Antrag einbringen werde, der zur Behebung der Winterkrise eine rüchichtslose Verschneidung der hohen Gehälter und Pensionen fordern werde.

Letzte Nachrichten

Die Pfund-Krise und Deutschland

Notwendige Feststellungen

GNB. Berlin, 30. Sept. (Priv.-Tel.) Eine Berliner Neutermelbung beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Pfund-Krise auf die deutsche Wirtschaft und verzeichnet unter Hinweis auf die Schließung der deutschen Börsen als Alarmzeichen auch in deutschen Finanzkreisen angeblich gehegte Zweifel, ob Deutschland in der Lage sein werde, den Goldstandard aufrechtzuerhalten, wenn das gegenwärtige Stillhalteabkommen abläufe.

Demgegenüber ist festzustellen, daß nicht nur eine Änderung nicht in Frage kommt, sondern daß auch jede Beurteilung der Wirkung der Pfund-Krise auf Deutschland verfrüht ist; denn es ist noch nicht einmal zu übersehen, ob England selbst diese Wirkungen nicht durchhalten können. Die „Times“ weisen z. B. in ihrem Annoncenteil darauf hin, daß mit Preissteigerungen zu rechnen ist. Auch die große Einfuhr, auf die England angewiesen ist, läßt es fraglich erscheinen, ob es gelingen wird, das innerenglische Preis- und Lohnniveau zu halten. Scheitert dieses Bemühen, so ist England aller Vorteile der Maßnahmen beraubt, die schädigende Einwirkungen auf die Einfuhr aus anderen Ländern haben kann.

Die Reform der Tarifverträge

Die Gewerkschaften weiter für Unabdingbarkeit

GNB. Berlin, 30. Sept. (Priv.-Tel.) Wie wir hören, hat die Wähligkeit der Tarifverträge für Löhne und Gehälter elastischer zu gestalten, und damit einen neuen Lohnabbaueinzelnen, einen erheblichen Widerstand in den Gewerkschaften weiter über die sozialistische Gewerkschaft hinaus ausgebrochen. Heute vormittag haben die Vertreter der freien Gewerkschaften ihren Protest offiziell bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgetragen. Das Material, das dabei den Parlamentariern überreicht wurde, wird mit der Unterhandlungsgrundlage bilden für die Aussprache, die nachmittags 4 Uhr zwischen sozialdemokratischer Reichstagsfraktion und Reichsminister Dr. Brüning beginnt. Für die Sozialdemokratie werden die Abg. Wels, Dr. Breitscheid und Dr. Hilferding beim Kanzler erscheinen. Vermutlich werden außerdem als Gewerkschaftsvertreter die Abgeordneten Aufhäuser und Grafmann an den Besprechungen beteiligt sein.

In Verhandlungen des Reichsarbeitsministers Siegelwald mit den Führern der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben die Gewerkschaften erklärt, daß die Wiltberung oder gar Beseitigung der „Unabdingbarkeit“ der Tarifverträge von den deutschen Arbeitnehmern unter keinen Umständen angenommen werden könne. Wie es heißt, denkt man in der Reichsregierung an eine elastischere Gestaltung der Tarifverträge an kürzere Laufzeit der Verträge usw. und schließlich daran, eine Kündigungsform in die Tarifverträge einzubauen. Die Organisationen der privaten Wirtschaft erklären, daß die Unabdingbarkeit der Tarifverträge namentlich viele Klein-gewerbetreibende auf dem Lande hindere, Arbeitskräfte einzustellen, die selbst willens wären, zu niedrigen Löhnen zu arbeiten, wenn sie nur Arbeit bekommen könnten.

Der Breslauer SPD-Vorstand

seiner Ämter enthoben

WAB. Breslau, 30. Sept. (Tel.) Der Bezirksvorstand der SPD. hat den Vorstand der Ortsgruppe Breslau einschließlich des Parteisekretärs Nausch vorläufig seiner Ämter enthoben. Der Vorsitzende der Breslauer Ortsgruppe, Rechtsanwalt Dr. Götze, hatte sich ebenso wie der Breslauer Reichstagsabg. Hegler und der Parteisekretär Nausch mit den ausgeschlossenen Oppositionellen solidarisch erklärt. Zum geschäftsführenden Bezirkssekretär ist Bretthorst, Breslau, ernannt worden.

Schewitsch und Rosenfeld ausgeschlossen. Der Vorstand der SPD. hat am Dienstag die Abgeordneten Schewitsch und Rosenfeld aus der Partei ausgeschlossen. Der Ausschluß erfolgte, weil Schewitsch und Rosenfeld sich geweigert haben, entsprechend dem Beschluß des Parteiausschusses die Tätigkeit der „Fackel“ einzustellen. Es wird betont, daß die beiden Abgeordneten nur wegen ihrer unterorganisatorischen Bestrebungen, nicht aber wegen ihrer politischen Haltung ausgeschlossen wurden.

Zwei Gemeindefassen ausgeraubt

WAB. Berlin, 30. Sept. (Tel.) Nachdem gestern Nachmittag ein Überfall auf die Lichterfelder Zweigstelle der Volkstower Sparkasse ausgeführt worden war, wurden heute die Gemeindefassen der Vorortgemeinden Schöneiche und KleinSchönebeck (Kreis Niederbarnim) von Berliner Geldstrahlfahrern heim-gesucht. Es gelang den Verbrechern in beiden Fällen, die Geld-schränke mit einem Gebläse aufzuschneiden. In Schöneiche raubten sie 800 RM, in KleinSchönebeck 1000 RM. Wahrscheinlich haben sie in Anbetracht der bevorstehenden Gehalts- und Renten-zahlungen in den Verhältnissen größere Beträge vermutet. Die Täter sind entkommen.

Forderungen der Privatwirtschaft

Für das individualistische Wirtschaftssystem — Gegen jedes Währungsperiment

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat gemeinsam mit den übrigen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft dem Reichskanzler und sämtlichen Mitgliedern des Reichskabinetts, den Ministerpräsidenten der deutschen Länder, sowie dem Reichsbankpräsidenten usw. eine Erklärung zur Wirtschaftspolitik zur Kenntnis gegeben.

Einleitend wird festgestellt, daß ein Ausweg aus dem bitteren Zustand der deutschen Wirtschaft nur noch möglich erscheine, wenn die Reichsregierung in kraftvoller Entschlossenheit und in voller Unabhängigkeit von Interessenten- und Parteipolitik den Weg zu sofortigem Handeln finde. Die deutsche Politik müsse erkennen, daß es zwischen sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsmethoden kein Kompromiß gebe. Sie müsse sich offen und rückhaltlos zu einem Weg, dem das individualistische Wirtschaftssystem, bekennen. Die Wirtschaft müsse ihrerseits alles daransetzen, Handlungen im eigenen Lager zu vermeiden, die im Widerspruch zum individualistischen Wirtschaftssystem stehen. Ebenso wie jeder neue Staatsingriff in die Wirtschaft grundsätzlich abgelehnt werden müsse, müsse auch jede Fehlleitung wirtschaftlicher Kräfte durch Subventionen unterbleiben. Darüber hinaus habe die Wirtschaft die Pflicht, alle Wege zu beschreiten, die eine Auflockerung des Preisniveaus herbeizuführen geeignet seien. Damit stehe aber in unlösbarer Zusammenhänge, daß die Regierung sofort und umfassend die wirtschafts-, finans- und sozialpolitischen Maßnahmen durchführe, ohne die die notwendige Kostensenkung und Kostenauflockerung unmöglich sei.

In der Erklärung wird dann weiter die wirtschaftspolitische Entwicklung der Nachkriegszeit gekennzeichnet unter dem Einfluß des erheblich gestiegenen Finanzbedarfes des Reiches, der Länder und der Gemeinden, der in 1913 16,2 Proz. des damaligen Volkseinkommens, in 1928/29 dagegen 30,1 Proz. des Volkseinkommens ausgemacht habe, und daran die Forderung geknüpft, an die Stelle kapitalzerstörender Eingriffe solche Maßnahmen zu setzen, die die Kapitalbildung zu fördern geeignet seien, was gerade jetzt um so notwendiger sei, als die Vorgänge in England neue schwere Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft mit sich brächten.

In der Erklärung werden sodann eine Reihe von Erfordernissen, die schnell und umfassend verwirklicht werden müßten, aufgezählt: Ein weiterer umfangreicher Aufgaben- und Ausgabenabbau in der gesamten öffentlichen Hand, damit sich die Reparationsentlastung sofort in einer Senkung der die wirtschaftlichen Gestehungskosten besonders belastenden Steuern auswirken könne; eine Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse (Reform des Tarif- und Schlichtungswesens), Anpassung der weit überhöhten Belastungen an das wirtschaftlich Mögliche und durchgreifende Verwaltungsvereinfachungen auf allen Gebieten der Sozialversicherungen, einschließlich der Arbeitslosenversicherung; Senkung der Tarife der Reichsbahn, der Reichspost und der gemeindlichen Verjorgungsbetriebe, Befreiung des deutschen Geldmarktes vom Druck der öffentlichen schwebenden Schulden durch eine unter Wahrung der Gläubigerrechte erfolgende Konsolidierung dieser Schulden, endgültige Beseitigung aller Reste der Zwangswirtschaft, insbesondere auch im Wohnungswesen.

Zusammen mit der Erfüllung dieser Forderungen müßten alle zukünftigen Akte der Gesetzgebung und Schritte der Verwaltung aufgebaut sein auf dem Grundsatz der Sicherung des Privateigentums und der Rechtsicherheit. Ferner sei es eine grundlegende Notwendigkeit, die Währung gesund zu erhalten. Für die Privatwirtschaft sei eine Ausweitung des Kreditvolumens dringend erforderlich, aber jedes Währungs-periment müsse ganz entschieden abgelehnt werden. In der Handelspolitik müsse eine Linie verfolgt werden, die der Aufrechterhaltung und Erweiterung der deutschen Ausfuhr ebenso Rechnung trage, wie der Aufrechterhaltung und Erweiterung des Binnenmarktes.

Die Erklärung schließt damit, daß die staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft Deutschlands von folgenden beiden höchsten Grundsätzen abhängt: Dem freiwilligen Grundsatz der von den schöpferischen Kräften der Einzelpersönlichkeit des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers getragenen Privatwirtschaft und dem bindenden Grundsatz der nationalen Idee und der nationalpolitischen Verantwortung.

Die Rundgebung und die Reichsregierung

GNB. Berlin, 30. Sept. (Priv.-Tel.) Von unterrichteter Seite wird die Darstellung eines Berliner Mittagsblattes, daß das gestern verbreitete Manifest der Wirtschaftverbände einen Sturm auf Reichskanzler Brüning darstelle, als völlig unzutreffend bezeichnet. Die Reichsregierung empfinde im Gegenteil das Manifest als eine Unterstützung ihrer eigenen Pläne.

Dr. Ernst, Reichskommissar für das Bankgewerbe. Der bisherige Ministerialdirektor im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Ernst, ist zum Reichskommissar für das Bankgewerbe ernannt worden.

Die Zentrumskommision des Reichstages ist für den 8. Oktober nach Berlin einberufen worden, um die Vorbereitungen für die am 13. Oktober beginnende Tagungsperiode des Reichstages zu treffen.

Seßliche Landtagswahl am 15. November. Das hessische Gesamtministerium gibt bekannt, daß die Landtagswahlen Sonntag, den 15. November, stattfinden.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 60. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Lavals und Briands Rückkehr nach Paris

Erklärungen Lavals

Am Dienstagabend um 23.10 Uhr, ist der fahplanmäßige Zug Berlin-Paris auf dem Nordbahnhof in Paris eingelaufen. Die Volksmenge begrüßte die beiden zurückkehrenden Minister mit dem Rufe: „Es lebe Laval! Es lebe Briand! Es lebe der Friede!“ Auch in Lüttich und Amiens wurden ähnliche Kundgebungen veranstaltet.

Laval erklärte einem Berichterstatter der Agentur Havas u. a.:

Wir haben in Berlin die heikelste Mission erfüllt, die französischen Ministern zufallen konnte. Der Plan der Schaffung eines deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses ist im Verlaufe der Berliner Unterredungen verwirklicht worden. Angesichts des Ernstes und der Schwierigkeiten der zu lösenden Probleme kann diese Initiative als bescheiden erscheinen. Man muß sie aber nach ihren Ergebnissen beurteilen. Gegenwärtig muß man schon die Absicht, die ihr zugrunde liegt, in Rechnung stellen. Alle Maßnahmen, die ins Auge gefaßt werden, um das Glend in der Welt zu besiegen, führen näher zum Ausgleich und Befestigen des Friedens. Ich werde, wie in Berlin, so auch in Washington, im Namen meines Landes mein möglichstes tun, um an den neuen schweren Aufgaben teilzunehmen, die die Weltkrise der Regierung auferlegt.

Laval und Briand haben aus Läden an den Reichsanzler und den Reichsaußenminister folgendes gemeinsames Telegramm gerichtet: „Wir möchten Deutschland nicht verlassen, ohne Ihnen für den Empfang, den Sie uns bereitet haben, wie auch für die Aufnahme durch die Bevölkerung unserer Dank auszusprechen. Im Laufe unserer Unterredungen haben wir für die Annäherung unserer beiden Länder gearbeitet. Wir wollen aufrichtig dahin streben, daß unser gemeinsames Werk von einem vollen Erfolg gekrönt werde.“

Eine Erklärung des Reichsaußenministers

W.D. Paris, 30. Sept. (Tel.) Reichsaußenminister Dr. Curtius hat dem nach Berlin entfalteten Sonderberichterstatter des Organs „La République“, eine schriftliche Erklärung überreicht, in der es u. a. heißt, er könne mit Genugtuung feststellen, daß man einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege der Entspannung zwischen Frankreich und Deutschland vorangekommen sei. Es handelte sich nicht um einen einfachen Höflichkeitsbesuch, sondern um die Fortsetzung und Erweiterung der in Paris begonnenen Verhandlungen. Man habe nicht nur vertrauensvoll und freimütig die verschiedenen Fragen geprüft, sondern auch gleich das Mittel gefunden, schnell zu verwicklichen, was als erreichbar anerkannt worden sei. Wir haben einen Organismus geschaffen, der die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder erleichtern soll und durch die Zusammenarbeit der Regierungen und der Wirtschaftskreise die Gewißheit für ein positives, praktisches Ergebnis bringen muß.

Ausschluss Macdonalds und seiner Anhänger aus der Arbeiterpartei

W.D. London, 30. Sept. (Tel.) Die Arbeiterpartei hat den Premierminister Macdonald und seine gesamten Anhänger aus der Partei ausgeschlossen.

„Daily Herald“ bemerkt erläuternd, der Versuch, eine neue „nationale“ Partei zu schaffen, vertrage sich nicht mit den Lehren der Arbeiterpartei. Selbstverständlich kann jedes ausgefallene Mitglied wieder aufgenommen werden, wenn es die Zusage gebe, daß es in Zukunft die Lehren beobachtet und aufhöre, eine der Partei feindliche Organisation zu unterstützen.

Das Attentat auf König Zogu

W.D. Wien (Niederösterreich), 30. Sept. (Tel.) Unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums begann heute vor dem hiesigen Schwurgericht der Prozeß gegen den am 20. Februar d. J. in Wien verübten Mordversuch an König Zogu von Albanien. Nach Eröffnung der Verhandlung wurden die Angeklagten Aziz Cami und Adol Gjelostfi vorgeführt. Aziz Cami gibt an, im Jahre 1893 geboren und mohamedanischen Bekenntnisses zu sein und als Hauptmann in albanischen Diensten gestanden zu haben. Adol Gjelostfi erklärt, daß er im Jahre 1893 geboren und albanischer Gendarmesoberleutnant gewesen sei. Beide Angeklagten sprechen deutsch.

Rücktritt des chinesischen Außenministers

W.D. Schanghai, 30. Sept. (Tel.) Außenminister Wang, der dieser Tage von Studenten schwer verletzt wurde, hat seinen Rücktritt erklärt. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige chinesische Gesandte von London, Alfred Sze, ernannt.

Separatismus in der Mandschurei

W.D. London, 30. Sept. (Tel.) Der Korrespondent der „Times“ in Tokio meldet: In der Mandschurei sind drei Selbstständigkeitsbewegungen in Erscheinung getreten, die neueste in Kirin, wo eine Gruppe eine provisorische Regierung gebildet hat.

Kurze Nachrichten

Weihbischof Dr. Sillebrand †. In Raderborn verstarb unerwartet Weihbischof Dr. Johannes Sillebrand im Alter von 57 Jahren.

Verbot des „Angriff“ auf drei Wochen. Die in Berlin erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Angriff“ ist bis zum 20. Oktober verboten worden. — Die in Altona herausgegebene kommunistische Tageszeitung „Hamburger Volkszeitung“ wurde auf drei Wochen verboten.

Festnahme von kommunistischen Führern. Die Polizei in Gelsenkirchen hat heute, Mittwoch, früh bei verschiedenen kommunistischen Führern Hausdurchsuchungen vorgenommen, wobei Material illegaler Art vorgefunden wurde. Fünf Personen wurden festgenommen. Es wurden Strafverfahren gegen sie eingeleitet.

Auch Reichspost kündigt den Tarif. Auch die Deutsche Reichspost hat den Lohnarif für die Arbeiter im Bereiche der Deutschen Reichspost zum 31. Oktober gekündigt.

Sattbefehl gegen Graf Hellborn. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft der Vernehmungsrichter gegen den Grafen Hellborn und den Stabsführer Ernst Sattbefehl erlassen, da sie verdächtig seien, die Ausschreitungen am Kurfürstendamm geleitet zu haben.

Vertagung des Sawag-Prozess auf den 15. Oktober. Der für den 2. Oktober vorgesehene Termin für den Beginn der Hauptverhandlung im Sawag-Prozess in Frankfurt ist wegen Erkrankung des Angeklagten Adolf Wädje auf den 15. Oktober verlegt worden. Wädje ist seit Mitte September an einem Nieren- und Herzleiden erkrankt. Eine Abtrennung des Verfahrens gegen Wädje erschien unzumutbar, da dann ein großer Teil des Prozeßstoffes zweimal hätte erörtert werden müssen.

Wilde Zellstreits im Ruhrgebiet

W.D. Essen, 30. Sept. (Tel.) In der heutigen Frühlicht haben auf einzelnen Schachtanlagen kommunistische Elemente versucht, die Belegschaften zum Streik zu veranlassen. Nur in den Bergrevieren Krefeld, Essen II und Essen III sind geringe Teile der Belegschaft der Arbeit ferngeblieben, nämlich auf der Zeche Verbeheim 103 von 725 Mann, Zeche Friedrich Ernestine 211 von 397 Mann, Zeche Mathias 1/2 66 von 864 Mann, Zeche Friedrich Thissen 4/8 77 von 587 Mann, Schachtanlage Norddeutschland der Zeche Friedrich Heinrich 296 von 309 Mann. In den übrigen Revieren sind die Belegschaften fast vollständig angefahren.

7prozente Lohnföhrung im Ruhrbergbau. Für den Ruhrbergbau wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine 7prozente Herabsetzung der Löhne bestimmt. Das Arbeitszeitabkommen wurde unverändert verlängert. Die drei Bergarbeiterverbände haben den Schiedsspruch sofort abgelehnt, auch der Zechenverband wird den Schiedsspruch in der Lohnfrage ablehnen.

Bombenfund in Steiermark

W.D. Graz, 30. Sept. (Tel.) Im Bahnhof von Rottenmann (Steiermark) wurden heute früh zwischen Stämmen und Breiten verstreut 20 Bomben gefunden. Die Bomben gleichen im allgemeinen jenen, die bei den Eisenbahnattentaten in Deutschland und Ungarn verwendet wurden. Man vermutet, daß sie für ein Eisenbahnattentat bestimmt waren.

Kleine Chronik

Das Stuttgarter Schwurgericht verurteilte am Dienstag den Kraftwagenführer Gotthilf Rademacher aus Oppelsbohn (O.-A. Waiblingen) wegen vorsätzlichen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub zum Tode. Rademacher hatte Ende Mai auf einem Feldweg einen Personenkraftwagen stehen lassen, dessen Besitzer, der Kaufmann Seiner aus Stuttgart, im Wagen schlief. Der Angeklagte ermordete und beraubte ihn.

Das Amtsgericht Saarbrücken hat gegen den Arbeiter Müller, der verdächtig ist, an der Ermordung der Polizeioffiziere auf dem Bismarckplatz in Berlin teilgenommen zu haben, Haftbefehl erlassen.

Der Bankier Viktor Bamberger, Mitinhaber des in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bankhauses C. Wilhelm Stengel in Widdau, ist freiwillig aus dem Leben geschieden. Die Prüfung der Geschäftsbücher ergab, daß alles in Ordnung war.

Der Brand der Erdölbohrungen bei Moreni (Rumänien), der vor zehn Tagen von selbst erloschen ist, ist erneut ausgebrochen. Der Brand erreicht gegenwärtig noch nicht das Ausmaß des vorigen Brandes, der bekanntlich länger als ein Jahr gedauert hat. Die Brandstelle wird zur Zeit unter Wasser gesetzt.

Das amerikanische Schiffahrtsamt hat den Polarforscher Sir Hubert Wilkins ermächtigt, das U-Boot „Nautilus“ zu verkaufen. Der amerikanische Konsul in Bergen wird wahrscheinlich offizieller Zeuge sein, wenn das U-Boot an einer tiefen Stelle der norwegischen Küste verschwindet.

Badischer Teil

Schuljugend und Parteipolitik

Angesichts der starken Zunahme der parteipolitischen Betätigung der Schuljugend hat der Innenminister Anlaß genommen, die Bezirksämter und Polizeidirektionen darauf hinzuweisen, daß nach § 1 Abs. 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 die Möglichkeit besteht, öffentliche politische Versammlungen unter der Auflage zu genehmigen, daß die Zulassung und Teilnahme noch nicht wahlmündiger Schüler verboten ist. Bei Verstößen gegen diese Auflage machen sich Veranstalter, Leiter oder Redner einer derartigen Versammlung strafbar.

Spaermaßnahmen der Landesversicherungsanstalt Baden

Wie bei den andern deutschen Landesversicherungsanstalten bleiben auch bei der Landesversicherungsanstalt Baden die Beitragseinnahmen seit Monaten weit hinter den Ausgaben zurück, so daß im Rechnungsjahr 1931 ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird. Diese Finanzentwicklung zwingt die Anstalt zur Zurückziehung der ausleihenden Darlehen und zu scharfen Sparmaßnahmen. Wie aus dem Bericht des Haushaltsausschusses seinerzeit bekannt wurde, stand die Landesversicherungsanstalt Baden seit ihrer Verwaltungsaußgaben weit unter dem Reichsdurchschnitt, mit den freiwilligen Leistungen aber an vierter Stelle.

Ab 1. Oktober 1931 müssen weitere wesentliche Einschränkungen vorgenommen werden. So wird z. B. der Zuschuß zu künstlichem Zahnersatz von fünf Zwölftel auf drei Zwölftel herabgesetzt. Die Dauer einer Normalbadekur darf vier Wochen nicht übersteigen. Für gebrechliche Kinder kann ein Heilverfahren nur dann noch durchgeführt werden, wenn für sie Waisenrente oder Kinderzuschuß bezahlt werden muß. Bei der Bewilligung von Zuschüssen zu Kinder-Tuberkuloseheilverfahren muß eine entsprechende Einschränkung eintreten. Das Lungenheilverfahren für Erwachsene bleibt vorerst noch unberührt. Neben diesen größeren Einschränkungen ist ferner noch eine Reihe scharfer interner Sparmaßnahmen vorgesehen.

Warnung vor Heimarbeitschwindel

Eine Karlsruher „Firma“ verspricht in Tageszeitungen Heimarbeit und überträgt den sich Meldenden die Alleinvermittlung für sog. Rotengedentkappen. In dem Glauben, daß sie tatsächlich die alleinige Vertretung haben, erwerben Gutgläubige, darunter auch Erwerbslose, diese Kappen, müssen aber bei ihren Bemühungen, sie an den Mann zu bringen und Käufer zu finden, feststellen, daß die „Firma“ die Alleinvermittlung noch an eine Reihe anderer Leute für den gleichen Betrag abgegeben hat. Es besteht Anlaß, vor diesem Unternehmen und seinem unlauteren Geschäftsgebahren zu warnen, damit nicht noch mehr Leute, insbesondere Erwerbslose, um ihre ersparten Gelder gebracht werden.

Aufgefundene Kindesleiche

Am 6. August 1931 wurde aus dem Rhein bei Gernsheim die nackte Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden. Nach dem ärztlichen Gutachten hat das Kind nach der Geburt gelebt. Sachdienliche Nachricht wird an das Bad. Landespolizeiamt erbeten.

Gedächtnisfeier für Dr. Rheinboldt

Im Krematorium in Zürich fand am Dienstag die Gedächtnisfeier für den früheren badischen Finanzminister Dr. h. c. Rheinboldt statt. Professor Dr. Meyer, Zürich, würdigte die Verdienste des Verstorbenen. Namens des deutschen Auswärtigen Amtes sprach Gesandter Dr. Müller, Bern, und für die deutschen Gemeinnützigen Institutionen in Davos und Agra Dr. Nishlinger und Prof. Dr. Jessen, Davos. Vorträge des Deutschen Männergesangsvereins Zürich umtanzten die Feier.

Aus der Landeshauptstadt

Prälat Dr. Stumpf 60 Jahre alt. Prälat Dr. August Stumpf, Stadtdelan und Stadtpfarrer an der Mutterkirche der katholischen Gesamtgemeinde von Karlsruhe, feiert am heutigen Tag die Vollendung seines 60. Lebensjahres.

50 Jahre in der Firma Wolff & Sohn. Fabrikdirektor August Stanning aus Karlsruhe begeht am 30. September das seltsame Fest der 50. Wiederkehr des Jahrestages seines Eintrittes in die Firma Karlsruher Parfümerie- und Toilettenfabrik Fabrik Wolff & Sohn G. m. b. H., Karlsruhe. Der 63jährige Jubilar, ein Neffe des verstorbenen Mitgründers der Firma, Herrn Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Friedrich Wolff, war seinerzeit als kaufmännischer Lehrling in die Firma eingetreten. Seit 1913 ist er stellvertretender Geschäftsführer.

Gerichtliche Sühne für eine politische Schlägerei. Das Schöffengericht Karlsruhe verurteilte am Dienstag wegen Landfriedensbruchs fünf junge Nationalsozialisten zu Gefängnisstrafen von 3 1/2 Monaten bis zu sechs Wochen. Am 5. Juli entfiel zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten eine von dem kommunistischen Bürgermeister in Kleinfeldbach provozierte Schlägerei. Ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto wurde vom Bürgermeister und von einigen Einwohnern durch Rufen mit einer roten Fahne und durch Zurufe bei der Durchfahrt empfangen. Das Auto hielt an, die Nationalsozialisten führten das Haus des Bürgermeisters und das kommunistische Turnheim, wobei einige Fenster eingeschlagen und Einrichtungsgegenstände zertrümmert wurden. Der Bürgermeister, sein Schwiegervater und der Kantinenwirt wurden dabei verletzt. Ein Angeklagter nahm den Kommunisten die rote Fahne weg und verbrannte sie in Karlsruhe. In der Urteilsbegründung kam zum Ausdruck, daß das unbesonnene Verhalten des Bürgermeisters mit der Veranlassung zu dem Zwischenfall gewesen sei.

Mord. Heute vormittag um 8.30 Uhr, schnitt der 30 Jahre alte Mechaniker Karl Schneider aus der Kapellenstraße seiner Frau in seiner Wohnung mit einem Messer den Hals durch. Der Täter ist flüchtig. Die Polizei hat die Verfolgung aufgenommen. Nach weiteren Verhören steht außer allem Zweifel, daß der flüchtige Ehemann der Würder der 26 Jahre alten Frau Schneider ist. Der Mann hat bereits, wie ermittelt werden konnte, gestern abend, stark angetrunken, die Frau bedroht und war auf die Anzeige der Frau in polizeilichen Gewahrsam genommen worden. Heute morgen hat er mit einem Dietrich die Wohnung geöffnet und der Frau, die sich über Nacht bei Verwandten aufgehalten hatte, in der Wohnung abgelauert. Im Schlafzimmer hat er ihr den tödlichen Stich versetzt. Die Frau konnte sich noch vor die Türe schleppen, wo sie dann zusammenbrach.

Selbstmord wegen geschäftlicher Sorgen. Der Inhaber einer bekannten Karlsruher Automobilfirma hat heute oberhalb Razau den Tod im Rhein gesucht. Geschäftliche Schwierigkeiten sollen die Veranlassung sein.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Mittwochmorgen: Der hohe Druck ist völlig auf das Festland übergetreten und hat uns im Laufe des gestrigen Tages Aufweitung gebracht. Durch Strahlung sanken die nächtlichen Temperaturen sehr tief, die Bar hatte Frost bis minus 6 Grad. Eine neue Depression ist vom Atlantik nach England vorgestoßen und wird uns morgen Westwetter bringen. Voraussage: Übergang zu Westwetter. Nach Bevölkerungszunahme verbreitete Niederschläge, mild bei trübem Südwestwind.

Wasserstände: Waldsüt 280 minus 4, Bafel 98 plus 7, Schusterinsel 142 minus 10, Rehl 294 minus 6, Razau 468 minus 2, Mannheim 368 minus 4, Caub über 200 Zentimeter.

Gemeinderundschau

Bürgermeisterwahlen. In Bellingen (Amt Müllheim) wurde Landwirt Otto Stug mit 127 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Der bisherige Bürgermeister Max Heitz erhielt 100 Stimmen. — In Redertalbach (Amt Mosbach) hat Bürgermeister Groß, der nahezu ein Vierteljahrhundert die Geschichte der Gemeinde leitete, aus Alters- und Gesundheitsrücksichten sein Amt als Ortsvorsteher niedergelegt. — In Bombach (Amt Emmendingen) wurde Fritz Schneider mit 132 Stimmen zum Gemeindeoberhaupt gewählt. — In Herzogenweiler (bei Bellingen) wurde der bisherige Bürgermeister Johann Mayer fast einstimmig wieder gewählt. Er tritt nunmehr in seine dritte Amtsperiode ein. — In Grunholz (Amt Waldsüt) wurde Bürgermeister Wenk auf eine neue Amtsperiode einstimmig wieder gewählt.

Der Forstheimer Stadtrat geneigt Steuererhöhungen. Der jährliche Fehlbetrag für die Stadtgemeinde Forstheim beträgt nach Einrechnung der Ersparnisse aus Gehalts- und Lohnföhrungen und Verwaltungseinsparungen 1 185 200 RM. Unbedingte Voraussetzung für Reichs- und Landeshilfen ist aber nach dem Erlaß des Reichsfinanzministers vom 18. September u. a. die Einführung einer Getraidesteuer von 10 v. H. des Kleinhandelspreises, die Verdoppelung der Biersteuer und die Erhebung der Bürgersteuer mit dem Dreifachen des Landespreises. Der Ertrag der drei Steuern ist mit den angelegenen Steuererlösen auf 520 000 RM. zu schätzen, so daß noch 615 200 RM. ungedeckt bleiben. Stadtrat und Finanzausschuß konnten sich jedoch nicht entschließen, den neuen Gemeindesteuern zuzustimmen. Mit der Deduktion des Fehlbetrages wird sich jetzt die Staatsaufsichtsbehörde befassen müssen.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	30. September		29. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—	—
Italien . . . 100 L.	21.03	21.07	21.23	21.27
London . . . 1 Pf.	—	—	16.38	16.42
New-York . . . 1 D.	—	—	—	—
Paris . . . 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz . . . 100 Fr.	82.37	82.53	82.32	82.48
Wien 100 Schilling	59.13	59.25	—	—
Prag . . . 100 Kr.	12.48	12.50	—	—

Auslegung der steuerfreien Reichsbahnleihe am 1. Oktober. Zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über eine Steueranleihe vom 19. September 1931 wird von der Deutschen Reichsbahngesellschaft die 4½prozentige steuerfreie Reichsbahnleihe 1931 zum Nennwert angeboten. Die Anleihe wird in Stücken von 100, 500, 1000 und 5000 Goldmark ausgefertigt. Der Gegenwert wird bei den Zinszahlungen unter Einlösung der verlossten Stücke errechnet, unter Zugrundelegung des Londoner Goldpreises vom 15. des der Fälligkeit vorangehenden Monats. Die Umrechnung in die deutsche Währung erfolgt zum Wechselkurs der amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung London des gleichen Tages. Die Anleihe wird vom 1. Oktober 1931 mit jährlich 4½ Proz. verzinst.

Generalversammlung der Bleag. In der am heutigen Mittwoch in Karlsruhe abgehaltenen Generalversammlung der Badischen Lokomotivbahngesellschaft wurde seitens des Vorstandes des Aufsichtsrats die formelle Mitteilung gemacht, daß mit einem Verlust von rund 533 000 RM. für das erste Halbjahr 1931, über die Hälfte des Aktienkapitals von 900 000 Reichsmark, verloren ist. Wie wir hören, wurde der Direktor Rant von der Oberrheinischen Eisenbahngesellschaft in Mannheim zum Konkursverwalter ernannt. Er hat die Vermögenswerte übernommen u. den Auftrag erteilt, die Bahnen bis auf weiteres auf Rechnung des Konkursverwalters weiterzuführen. Die Bleag gehörte vor dem Kriege zu den gut rentierenden Unternehmungen. Im J. 1913 wurde noch ein Gesamtbetriebsüberschuß von 431 000 M. erzielt. Nach dem Kriege gingen die Umsätze schnell zurück. Dem „Bad. Beobachter“ zufolge hat sich der bilanzmäßige Verlust bis zum 30. Juni 1931 auf 533 417 M. erhöht; er beträgt also mehr als die Hälfte des Aktienkapitals von 900 000 M., das bekanntlich im Besitz der beteiligten Kreise und des Landes ist. Schuld an der betrüblichen Entwicklung ist der gewaltige Rückgang des Verkehrs. Der Status der Bleag ist aktiv, d. h. es liegt bilanzmäßig keine Überschuldung vor. Der Konkursantrag wurde lediglich wegen Zahlungsunfähigkeit gestellt.

Vom Tabakmarkt. Letzte Tage fanden in Karlsruhe die ersten Einschreibungen für den Verkauf der Gruppen 1931 des Landesverbandes badischer Tabakbauern statt. Sehlungen und Rüdenschopf verkauften 45 Zentner zu 26,25 M. pro Zentner. Nicht verkauft haben folgende Ganauer Pflanzler: Gaartsweier (Angebot 20 M.), Diersheim (20), Bodersweier (20), Delshofen (24), Hesselhuth (26,75), Auenheim (20), Marlen (20), da den Pflanzern die Angebote zu niedrig waren.

Bersäufung der Wirtschaftskrise in Oberbaden. Die Vollversammlung der Handelskammer Schopfheim beschäftigte sich mit der rapiden Bersäufung der Wirtschaftskrise in Oberbaden. Die Versammlung betonte als notwendig, daß alle Wirtschaftskreise des Bezirkes sich an den an den verschiedenen Orten gebildeten Rotgemeinschaften und ähnlichen Organisationen beteiligten. Ferner müßten alle helfenden Kräfte unter Führung der Gemeindevorstände zu einer wirksamen Hilfeleistung zusammengefaßt werden. Die Wirtschaft des Kammerbezirkes wurde alles aufbieten, um die Betriebe leistungsfähig zu halten.

Fusion Hode-Wulf und Albatros. Die seit einiger Zeit schwebenden Fusionsverhandlungen zwischen den Flugzeug-

firmen Hode-Wulf, Flugzeugbau AG, Bremen, und Albatros Flugzeugwerke GmbH, Berlin, sind nunmehr zum Abschluß gekommen. Hode-Wulf übernimmt Albatros und erhöht zu diesem Zweck ihr Aktienkapital von 200 000 RM. auf 285 000 Reichsmark.

Die Lira bleibt stabil. Mussolini hat sämtliche diplomatischen und Konsularvertreter Italiens im Auslande angewiesen, erneut auf das Nachdrücklichste überall die Behauptung zu dementieren, daß die italienische Regierung beabsichtige, den durch das Gesetz vom 21. September 1927 festgesetzten Satz für die Stabilisierung der Lira zu ändern.

Staatsanzeiger

Losvertrieb.
Dem Bankgeschäft H. C. Kröger in Berlin wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb (20. Volksloslotterie) in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 29. September 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Bekanntmachung.
Die Verstaatlichung der Polizei in Bellingen.
Gemäß § 7 Absatz 3 der Gemeindeordnung wird die Verwaltung der Ortspolizei auf den Gebieten der Sicherheit und Ordnung, der Sittlichkeit, des Straßenverkehrs, der Reinlichkeit und des Gewerbes (§ 2 Absatz 1 des Polizeigesetzes) in Bellingen dem Bezirksamt Bellingen übertragen. Als Zeitpunkt des Übergangs wird gemäß § 5 des Polizeigesetzes der 1. Oktober 1931 bestimmt.

Karlsruhe, den 30. September 1931.
Der Minister des Innern
Maier.

Bekanntmachung
Zuckerung des Weines und Herstellung von Hausbrannt.

Infolge der ungünstigen Witterung werden zahlreiche Moste und Weine des Jahrgangs 1931 verbesserungsbedürftig sein. Nach § 3 des Weingesetzes, das am 1. September 1930 in Kraft getreten ist, ist es gestattet, dem aus inländischen Trauben gewonnenen Traubenmost oder Weine, bei Herstellung von Rotwein auch der vollen Traubenmaische Zucker, auch in reinem Wasser gelöst zuzusetzen, um einen natürlichen Mangel an Zucker oder Alkohol oder einem natürlichen Übermaß an Säure insofern abzuheben, als es der Beschaffenheit des aus Trauben gleicher Art und Herkunft in guten Jahrgängen ohne Zusatz gewonnenen Erzeugnisses entspricht. Dieser Zusatz darf jedoch in keinem Falle mehr als ein Viertel der gesamten Flüssigkeit betragen.

Die Zuckerung darf nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Januar des auf die Ernte folgenden Jahres vorgenommen werden; sie darf in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Januar bei ungezuckerten Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden. Sofern eine Zuckerung notwendig erscheint, ist davor zu warnen, die Verbesserung nach eigenem Gubdanken vorzunehmen. Es empfiehlt sich viel mehr, sachverständigen Rat einzuholen, schon um sich vor

einer etwaigen Bestrafung wegen Übertretung des § 3 des Weingesetzes zu schützen.

Die Absicht, Traubenmaische, Traubenmost oder Wein zu zuckern, ist dem Bürgermeisteramt anzuzeigen.

Die Untersuchung von Traubenmosten erfolgt unter nachstehenden Bedingungen:
Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche unter der Adresse: Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg, Post Grödingen (Baden) oder: Badisches Weinbauinstitut, Freiburg, Peterhof, einzulenden. Dabei ist die Gemarfung, Traubensorte, wenn möglich auch die Lage anzugeben und zu erklären, daß das Erzeugnis naturrein ist.

Der Untersuchungsprobe (frischer Traubenmost) sind zur Verhütung der Gärung auf je ½ Liter 5 Tropfen Formalin (40prozentige Formaldehydlösung) oder 10 Tropfen Senföl zuzusetzen. Bereits in Gärung befindlichen Mosten muß die doppelte Menge der genannten Konservierungsmittel beigegeben werden. Das Konservierungsmittel ist durch leichtes Schütteln mit der Flüssigkeit in innige Verbindung zu bringen. Für die Untersuchung jeder einzelnen Mostprobe wird:
a) bei frischen, noch nicht in Gärung gekommenen Mosten eine Gebühr von 2,50 M., b) bei Mosten, bei denen schon ein Teil des Zuckers vergoren ist, eine Gebühr von 5 M. erhoben.

Diese Gebühr wird badischen Landwirten, die nur ihr eigenes Gewächs feldern, auf 1,50 bzw. 3,50 M. ermäßigt. Bei der Herstellung von Hausbrannt finden die Vorschriften des Weingesetzes über die Zuckerung (Zuckerwasserzutat), keine Anwendung. Hervorzuheben ist, daß nach dem neuen Weingesetz die Herstellung von Hausbrannt nur aus Traubenmaische, Traubenmost oder frischen Weintrestern gestattet ist. Die Herstellung von Sektweinen, der nach dem bisherigen Weingesetz gestattet war, ist verboten.

Außerdem ist zu beachten, daß Hausbrannt nur in der Zeit vom Beginn der Traubenlese bis zum 31. Dezember d. J. hergestellt werden darf.

Wer Wein, Traubenmost oder Traubenmaische gewerbmäßig in Verkehr bringt, ist verpflichtet, dem Bürgermeisteramt die Herstellung von Hausbrannt unter Angabe der heranzustellenden Menge und der zur Verarbeitung bestimmten Stoffe anzuzeigen.

Der Hausbrannt darf nur im eigenen Haushalt des Herstellers verwendet oder ohne besonderen Entgelt an die in seinem Betriebe beschäftigten Personen zum eigenen Verbrauch abgegeben werden. Jedes Faß mit Hausbrannt muß deutlich die Aufschrift „Hausbrannt“ tragen.

Karlsruhe, den 28. September 1931.
Der Minister des Innern
J. V. Weigel.

Bekanntmachung.

Bestellung der Dienststrafgerichte für richterliche Beamte.
Das Präsidium des Oberlandesgerichts hat an Stelle des in den Ruhestand getretenen Oberlandesgerichtsrats Wilhelm Angerer mit sofortiger Wirkung für die Zeit bis Ende März 1932 den Oberlandesgerichtsrat Dr. Karl Rupp zum stellvertretenden Vorsitz bei dem Dienststrafhof für richterliche Beamte ernannt.

B.225. Karlsruhe. Ueber das Vermögen der Firma Badische Lokomotivbahnen, Aktiengesellschaft in Karlsruhe, wurde heute vormittags 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Eisenbahndirektor Rant in Mannheim, Max-Josef-Straße 2. Konkursforderungen sind bis zum 14. Oktober 1931 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am: Freitag, den 16. Oktob. 1931, vormittags 10 1/2 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Freitag, den 23. Oktob. 1931, vormittags 10 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße Nr. 8, 3. Stad. Zimmer Nr. 253. Der Gegenstand der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 15. Oktober 1931 anzuzeigen. Karlsruhe, den 26. Sept. 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VATER
DOSSENHEIM i. B. BECKHEIM
Lieferant für Schloß, Oberstamm, Markgrafen
Königsplatz
STRASSENBAU-MATERIAL

Rheinische Hypothekbank
Der Finanzminister a. D. Dr. Josef Rheinboldt, Generalkonsul a. D. in Zürich, ist durch Tod aus dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft ausgeschieden.
Mannheim, den 30. Sept. 1931. L.437
Der Vorstand.

5. Mainz-Wormser Dombaugeldlotterie I. Reihe,
Ziehung 10. September 1931.
In die für Baden zugelassenen Lose fielen nachstehende Gewinne:
Je 50 RM Nr. 13 216, 17 896, 43 095, 55 026.
Je 10 RM Nr. 1 431, 1 847, 17 667, 36 048, 36 068, 36 322, 36 655, 55 399, 55 432, 55 683.
Je 5 RM Nr. 1 105, 1 315, 1 728, 13 368, 13 565, 17 045, 17 154, 17 330, 17 349, 17 765, 17 982, 20 142, 20 266, 20 375, 20 532, 20 890, 36 954, 43 270, 43 618, 43 956, 55 373, 55 970.
Je 2 RM gewinnen sämtliche Losnummern mit nachstehenden dreistelligen Endzahlen: 023, 027, 028, 057, 067, 123, 151, 190, 191, 247, 254, 256, 287, 365, 406, 412, 442, 456, 474, 481, 486, 489, 498, 504, 512, 525, 545, 560, 566, 648, 653, 692, 725, 826, 839, 843, 848, 885, 886, 929, 955.
Ferner je 2 RM Nr. 1 240, 13 024, 13 524, 17 314, 20 530, 36 124, 36 609, 36 764, 55 280, 55 946. L.384



Wir bringen den gewaltigen Massenverkauf in Stoffen
ALLER ART
ca. 150 000 Meter
direkt ab Fabrik!

Wir wollen den Güterumschlag im Interesse aller Spinner und Weber und dem Heer der beteiligten Angestellten beschleunigen. Arbeit schaffen heißt es, daher dieser große

Stoff-Verkauf in beispielloser Billigkeit

KNOPF
KARLSRUHE 440

Herbst-Werbe-Verkauf
Unglaublich billige Preise!
Zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise im Interesse aller, heißt die Parole:
Jetzt kaufen!
Qualitäts-Möbel
HOLZ-GUTMANN
Karlsruhe 30 L.436
Günstige Bedingungen. Warenkaufabkommen der Bad. Beamtenbank.

COLOSSEUM
Heute abend 8 Uhr
Abschieds-Vorstellung
des berühmten
Leipziger Fritz-Weber-Ensembles
Ab 1. Oktober täglich 8 Uhr
Sonntags 1/4 und 8 Uhr
Gastspiel der großen Ausstattungs-Revue
Max Peltini
Musik: Erich Ziegler Text: Walter René
Gesangstexte: O. A. Alberts
Liebe mich
40 Mitwirkende — 32 Bilder
Hauptdarsteller:
Herta Löwe Max Peltini
Sigrid Kyra, Anni Milas Alfons Field, Eug. Stems
usw. usw.
300 Kostüme — Originelle Dekorationen
12 Peltini-Girs L.439
Lachen und Humor am laufenden Band
Am Dirigentenpult:
der Komponist Erich Ziegler persönlich
Eintrittspreise abends: 50 Rpf. bis 2,50 RM.
Sonntag-Mittags: 50, 75 Rpf. u. 1 RM.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 1. Okt. 1931
D 4 (Donnerstagmiete)
Th.-Gem., III. S.-Gr.
2. Hälfte
Tempo über hundert
Von Cammerlohr
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Ewig, Frauenborfer, Hebeisen, Raumbach, Dahlen, Gemmede, Höder, Kienischer, Luther, Meiner, Prüter, Cortaux, Kufz, S. Müller, Seibert
Anfang 20 Ende nach 22
Preise A (0,60—3,50 RM)

25% billiger sind jetzt meine echten Heidschnuckentelle
Marke „Eskimo“, schneeweiß, silber u. dunkel. Pr. 8,-, 10,-, 12,-, Prachtst. 14,- RM.
Preis überall hin franko.
Fr. Heuer, Rethem-A., Kürschnerstr. Gegr. 1880. L.433
R.645. Bruchsal. Ueber das Vermögen des Fritz Frey, Elektro-Installationsgeschäft in Bruchsal wurde am 28. September 1931, mittags 12 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Anwendung des Konkurses

eröffnet. Rechtsanwalt Strauß in Bruchsal wurde zur Vertrauensperson bestellt. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag ist bestimmt auf: Montag, den 26. Okt. 1931, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Bruchsal, 1. Stad. Zimmer 1. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle, Zimmer 15, zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 28. September 1931. Amtsgericht IV.

Badische Kultur und Geschichte

Nr. 39

Beilage zur Karlsruher Zeitung (Badischer Staatsanzeiger) Nr. 227

30. September 1931

Ein Blick in den Badischen Landtag von 1831

Wie immer in bewegten politischen Zeiten fanden vor 100 Jahren auch in Baden die landständischen Verhandlungen viel Teilnahme und Interesse. Nicht nur der an sich enge Zuhörerraum der I. Kammer zu Karlsruhe war in der Regel „bis zum Erdrücken zahlreich besucht“, sondern das gleiche galt auch für die geräumigen Hallen der II. Kammer mit ihrem „prachtvollen, nach dem Plane des genialen Weinbrenner erbauten“ Saal. Bei besonders wichtigen Tagesordnungen begannen sich die Galerien dieser Kammer angeblich schon mehrere Stunden vor Eröffnung der Sitzung zu füllen, so wird berichtet. Selbst die Tribünen für den Hof und das diplomatische Korps wurden meist stark besucht; einige Male waren auch die Großherzogin-Witwe und die Markgräfin Wilhelm anwesend. In etwas mochte ja auch noch der Reiz der Neuheit mitsprechen, in der Hauptsache aber trat hier doch der rege Sinn der Bevölkerung für das öffentliche Leben zutage, die gelegentlich selbst aus entfernteren Teilen des Landes zu den Sitzungen erschien.

Auch die Persönlichkeiten der — größtenteils freisinnig gerichteten — Abgeordneten, denen man meist „eine schöne Mäßigung, Intelligenz, Beredsamkeit und gründliche Sachkenntnis in allen Zweigen der Staatsverwaltung“ willig zuerkannte, mögen eine besondere Anziehungskraft auf das Publikum ausgeübt haben. Unter den Mitgliedern der II. Kammer befanden sich auch noch einige Deputierte des ersten Landtages, der sein Dasein der vom Großherzog Carl, dessen Großvater Carl Friedrich schon die Leibeigenschaft aufgehoben hatte, noch kurz vor seinem Tode gewährten, vom Minister von Reichenstein ausgearbeiteten Verfassung verdankte, der man wohl nicht mit Unrecht nachrühmte, daß sie „an Freisinnigkeit die meisten repräsentativen Verfassungen übertreffe“. Zu diesen Abgeordneten insbesondere gehörte vor allem der bereits ziemlich bejahrte, aber immer noch recht temperamentvolle protestantische Geistliche Fecht, der im Feuer der Beredsamkeit seinen Vortrag immer noch gelegentlich „mit vieler Action begleitete“. Er hatte stets mit standhaftem Mut die liberalen Ideen verteidigt und weder durch Furcht, noch durch andere Rücksichten — wie es sonst doch wohl hier und da vorkam — sich jemals in seinen Grundsätzen und deren Verfechtung irren lassen. Er verfügte nach Angabe von Augen- und Ohrenzeugen über eine blühende Sprache, unterhielt die Zuhörer gelegentlich durch schön gewählte Bilder, oder suchte die Kollegen durch passend angebrachte Parabeln (Gleichnisse) für seine Ansichten zu gewinnen. Dann der Professor der Rechte von der Landesuniversität Freiburg: Duttlinger; er war stets ein kräftiger Vorkämpfer in den Reihen der liberalen Partei und bildete z. B. auf den Landtagen von 1825 und 28 zusammen mit Föhrenbach und Grimm das „Kleeblatt der kleinen Opposition“. Gegenwärtig war der besonnene Föhrenbach, ein Mann von offener Gradheit und strenger Rechtllichkeit, mit denen er eben eine schöne Mäßigung verband, fast einstimmig gewählter Präsident des Landtags; Duttlinger war 2. Vizepräsident und Grimm 1. Sekretär. Letzterer redigierte „mit Bewilligung von Censur-Freiheit“ während der Dauer des Landtags eine Zeitschrift, die in gedrängter Übersicht das Interessanteste und Wissenswerteste aus den ständischen Verhandlungen wiedergab.

Als ein hervorragendes Mitglied der Kammer galt auch der Abgeordnete von Zstein, der übrigens auf dem Landtag von 1822 mit edler Freimütigkeit und Leidenschaftlichem Feuer die konstitutionellen Rechte verteidigte und dadurch eine eigentümliche Berühmtheit erwarb. Er besaß große Kenntnisse in allen Verwaltungszweigen, huldigte durchaus praktischen Ansichten, trat stets für Recht und Wahrheit ein und war daher von nicht geringem Einfluß im Landtag. Einen Beweis für seinen edlen Charakter sah man nicht zuletzt in dem Geist ruhiger Mäßigung, der ihm trotz eines — wohl nach der Auflösung des Landtags von 1822 — schwer gekränkten und beleidigten Gemüts besaß. Um seiner schlichten Geradheit, wie seines gesunden Urteils und seiner reichen Erfahrung willen geschätzt, war auch der Abgeordnete Vuhl. Doch auch sein Kollege Winter von Heidelberg, der 1822 angeblich noch zu den überspanntesten Mitgliedern der äußersten Linken gehörte, inzwischen sich aber bedeutend gemäßigert hatte, traf meist den Nagel auf den Kopf. Eine eigene Berühmtheit dagegen, so sagte man, hatte der Abgeordnete Knapp sich erworben. Wäre doch seine „Motion“ gegen das Adelsedikt auf dem Landtag von 1819 die erste Klippe gewesen, an der das damalige gute Einvernehmen zwischen Regierung und Ständen scheiterte, während ein von ihm gestelltes Amendement (ein Abänderungsantrag) bei Behandlung des Militäretats 1822 zur Auflösung der Kammer führte; und zwar, ohne daß er hier wie da von „übertriebenen“ Ansichten ausgegangen wäre.

Unter den neuen Mitgliedern der II. Kammer stand wohl der Historiker Carl von Rotteck, 1822 von der Landesuniversität Freiburg gewähltes Mitglied der I. Kammer, an erster Stelle. Auch er huldigte von jeher jenen

freisinnigen Ideen, die den geistreichen Verfasser der allgemeinen Weltgeschichte charakterisierten. Er zeichnete sich auch sehr vorteilhaft dadurch aus, daß er stets „zur Sache“ sprach, ohne abzuschweifen; dabei verfügte er über eine „wahrhaft energische“ Beredsamkeit, die meist überzeugend auf die Kammer wirkte. Diese hatte ihn zum 1. Vizepräsidenten gewählt. Zu den bedeutenderen „Neuen“ gehörte unstreitig auch der Geheimrat Hofrat und Professor der Rechte an der Universität Heidelberg, Mittermaier, dessen Freimütigkeit der Gedankenäußerung angeblich in auffallendem Gegensatz zu dem parlamentarischen Wirken seiner beiden engeren Kollegen stand, die der Kammer von 1825 und 1828 — wie es heißt — „durch sophistische Spitzfindigkeiten, mit denen sie im Sinn des früheren Ministeriums zu sprechen bemüht waren, sich nicht gerade vorteilhaft auszeichneten“. Ein Muster von Freisinnigkeit und Toleranz für einen katholischen Geistlichen war der Abgeordnete Herr.

„Volksdeputierter“ für den gegenwärtigen Landtag war wieder der Staatsrat und Ministerialpräsident Winter, ein Freund freisinniger Ideen, der in der Kammer von 1819 mit seinem freimütigen Bericht gegen das schon erwähnte Adelsedikt ein politisches Glaubensbekenntnis abgelegt hatte, dem er seitdem auch stets treu blieb. Seine Wiederwahl bedeutete eine neue Anerkennung des hohen Vertrauens zu den rechtlichen Gesinnungen dieses geschickten Staatsmannes, der selbst Standeserhöhung und Würden wiederholt ausschlug, mit denen seine Verdienste um das Vaterland ausgezeichnet werden sollten, weil die Annahme dieser Gnadenbezeichnungen im Widerspruch mit seinen damals ausgesprochenen Grundsätzen gestanden hätte. Staatsrat Winter wohnte in seiner doppelten Eigenschaft als Deputierter und Regierungskommissar allen Sitzungen bei und wußte vernügte seiner gründlichen Kenntnisse in allen Zweigen der Staatsverwaltung über sämtliche an die Regierung gerichteten Fragen genügend Auskunft zu erteilen.

Auch die I. Kammer zählte immerhin mehrere Mitglieder, die ihre Ansichten mit edler Freimütigkeit zu äußern pflegten. Sie bestand aus den beiden Brüdern des Großherzogs, den Söhnen der standesherrlichen Familien, dem protestantischen Prälaten, dem katholischen Erzbischof, den beiden Abgeordneten der Landesuniversitäten Heidelberg und Freiburg, sowie den Deputierten des Grundadels, verfassungsgemäß ergänzt durch acht vom Großherzog ernannte Mitglieder. Der persönlich durchaus hierzu geeignete Präsident dieser Kammer war Markgraf Wilhelm, ein Sohn Carl Friedrichs, der seine frühere kriegerische Laufbahn nunmehr mit der parlamentarischen vertauscht hatte. Zum 1. Vizepräsidenten war vom Großherzog der mit seiner Familie eng verwandte Fürst von Fürstenberg ernannt worden. Auch von freisinnigen Ideen erfüllt, zeichneten ihn hohe Intelligenz und ein durchdringender Verstand aus. Die Reden dieses geistreichen Mannes waren angeblich oft durch Wit und Sarkasmus gewürzt. 2. Vizepräsident war der wegen seiner strengen Rechtllichkeit allgemein geschätzte Oberhofmarschall von Gailing. Unter den Abgeordneten des Grundadels trat besonders der katholische Theologe Freiherr von Wessenberg durch seine in allen Lagen des Lebens bewährte Freisinnigkeit hervor, die ihn z. B. auch leicht auf die Würde eines Bischofs verzichten ließ. Nicht zuletzt wegen seiner Charakterfestigkeit genos der Freiherr die Achtung beider Konfessionen in gleichem Maß. Seine blühende Sprache ließ vielfach den Dichter erkennen; verdankten ihm doch zahlreiche geistliche Lieder, von reicher Phantasie und einem frommen Gemüt zeugend, ihre Entstehung. Wegen seiner rechtlichen Gesinnung wie seiner Geschäftstüchtigkeit sehr geschätzt, war hier auch der Geheimrat Freiherr von Rüd, gleichfalls ein Vertreter des Grundadels. Unter der Standesherrschaft nahm der junge Graf Leiningen eine besondere Stellung ein, der selbst da, wo die Vorrechte der höheren Stände gefährdet waren, mit edler Selbstverleugnung seine freisinnigen Ansichten zum Ausdruck brachte. Im Gegensatz zu ihm standen die ebenfalls noch jungen Freiherrn von Göler und von Rüd der Jüngere, die noch völlig in den Vorurteilen ihres Standes befangen waren, und dementsprechend die Vorrechte des Adels mit Wärme und Leidenschaft verteidigten. Ausgezeichnete Redner waren in dieser Kammer beispielsweise die Abgeordneten der Universitäten: für Heidelberg Staatsrat Fröhlich und für Freiburg: Professor Zell.

Die I. Kammer hatte während des gegenwärtigen Landtags bereits verschiedentlich eine edle Freisinnigkeit bewiesen und z. B. durch die fast einmütige Annahme der Motion (des Antrags) des Abgeordneten von Zstein auf Wiederherstellung der im Jahre 1825 abgeänderten Verfassung, sich sogar eine gewisse Popularität erworben, die nun allerdings durch eine Beschlußfassung wegen Auflösung der „Herrenfröhen“ wieder aufs Spiel gesetzt zu sein schien. Nach dem Antrag der II. Kammer sollte nämlich die Entschädigung für Ablösung dieser Last auf den 10fachen Betrag festgesetzt werden. Die I. Kammer war zwar an sich ebenfalls mit einer Ablösung einverstanden, ihre Mehrheit verlangte aber eine höhere Entschädigung. Und diese Mehrheit wurde in der Haupt-

sache gebildet aus den Mitgliedern des Grundadels und der standesherrlichen Familien; nur Graf Leiningen und Freiherr von Wessenberg schlossen sich der Minderheit an, trotzdem ja auch sie persönlich beteiligt und an einer höheren Entschädigung interessiert waren. Man hoffte aber noch, daß ein von der Regierung nach dem Antrag der II. Kammer angefordertes Gesetz auf diesem umstrittenen Gebiet das gute Einvernehmen zwischen beiden Kammern wiederherstellen sollte, und daß dann die doch auch größtenteils freisinnig denkenden Mitglieder der I. Kammer nicht länger, durch ihr Privatinteresse geleitet, mit Hartnäckigkeit auf ihrem Beschluß beharren würden. — An der Spitze der geringen Minderheit gegen die vorhin kurz erwähnte Wiederherstellung der älteren Verfassung hatte der vom Großherzog zum Mitglied der I. Kammer ernannte Oberhofmeister von Verdheim gestanden. Dieser war 1825 Minister des Innern und machte, seinen damaligen Grundsätzen getreu, bei Besprechung der „Motion“ von Zsteins jetzt verschiedene leidenschaftliche Bemerkungen gegen die Volksdeputierten von 1822. Dagegen zogen in einer späteren Sitzung bezeichnenderweise die Abgeordneten von Zstein, Winter und von Rotteck zu Felde, indem sie die Landtagsmehrheit von 1822 gegen Anschuldigungen entschieden in Schutz nahmen. Der neue Großherzog hatte übrigens inzwischen die Verfassung von 1825 „in ihrer Reinheit wiederhergestellt“, wie er auch bereits die Staats- und Militärfürsorge abgelehrt hatte.

10 Jahre Kulturarbeit

Die Badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung, gemeinn. G. m. b. H. in Karlsruhe, können heute auf eine zehn-jährige Tätigkeit zurückblicken.

Als im Jahre 1920 einige von kulturellen Idealen und Ideen erfüllte Männer sich zusammaten und die Bad. Lichtspiele ins Leben riefen, da hegte wohl mancher gelinde Zweifel an der Lebensfähigkeit des jungen Unternehmens. Aber mit unerschütterlichem Gleichmut und felsenfestem Vertrauen darauf, daß ihre Sache sich durchsetzen müsse, weil sie ganz neue Wege hinsichtlich der Kultur- und Lehrertätigkeit beschritt, arbeiteten sie weiter, so daß sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1931 zum erstenmal mit ihrem Wert an die Öffentlichkeit treten konnten.

„Für die Jugend ist das Beste gerate gut genug!“ Dieses geflügelte Wort war die Parole, welche die Bad. Lichtspiele auf ihr Banner schrieben. Galt es doch, der heranwachsenden Generation das Kostbarste und Beste zu geben: Umfassendes Wissen und Erweiterung ihres Gesichtskreises auf den Gebieten der Kunst, der Natur-, Völk-, Heimatkunde, der Technik, kurz alles, was die Welt an Schönem und Wissenswertem bietet.

Der Film war hiermit der ideale Mittler, der diese Güter durch unmittelbare Anschauung auf den Geist der Jugend übertrug; und das Stadt. Konzerthaus der Ort, wo sich die Schüler geschlossen, in Begleitung ihrer Lehrer einfanden, um die interessantesten Filmvorführungen nebst den erklärenden Vorträgen gebildeter und weitzereilter Männer auf sich wirken zu lassen.

Wie sich das Unternehmen weiter entwickelte, darüber legen die vorliegenden Jahresberichte beredtes Zeugnis ab. Schon im zweiten Jahre des Bestehens war die Grundanlage der Bad. Lichtspiele derart gefestigt, daß an den weiteren intensiven Auf- und Ausbau derselben gedacht werden konnte.

Eine der Hauptaufgaben bestand darin, mit den Kreis-schulämtern und Kreisoberbehörden der engeren und weiteren Umgebung der Landeshauptstadt Fühlung zu nehmen, um dadurch die Lehrfilmvorführungen auch der ländlichen Schul-jugend zugänglich zu machen. Dank des überaus bereitwilligen Entgegenkommens seitens der in Frage kommenden Behörden sowie der vorzüglichen und straffen Organisations-tätigkeit der Bad. Lichtspiele werden heute in regelmäßigen Abständen in fast sämtlichen Schulen Badens die besten und für pädagogische Zwecke geeigneten Filme zur Vorführung gebracht. Daß dies ein großer und fruchtbar zu befruchtender kultureller Fortschritt ist, liegt klar auf der Hand.

Während die Überlandorganisation der Bad. Lichtspiele sich im großen ganzen den ausgesprochenen Lehrfilmen und deren Vorführungen in den Schulen der Landbezirke widmet, dient der Theaterbetrieb im Stadt. Konzerthaus Karlsruhe heute vornehmlich der Volksbildung. Durch Vorführung von Lehr- und Kulturfilmen im weitesten Sinne sowie Einbeziehung von guten Spielfilmen und künstlerischen Musikdarbietungen in den Rahmen des stets sorgfältig und reichhaltig zusammengestellten Programmes kommen die Bad. Lichtspiele den gesteigerten Ansprüchen und Bedürfnissen eines großen Publikums in weitestgehendem Maße entgegen. Die ständig wachsenden Besucherzahlen sowie die seitens des Kultusministeriums, der städtischen Behörden und der Presse wiederholt zum Ausdruck gelangenden Anerkennungen sind der beste Beweis dafür, welcher Beliebtheit sich die Darbietungen der Bad. Lichtspiele erfreuen.

Man darf wohl der Erwartung Ausdruck verleihen, daß die segensreiche Pionierarbeit dieses auf idealen und kulturellen Grundlagen aufgebauten Unternehmens sich ein immer wachsendes Feld erringen möge.

Ein vergessenes Grab. Fortbildungsschulhauptideher Palm hielt in der Ortsgruppe Mosbach des Landesvereins Badische Heimat eine Vortrag, über den Heimatdichter Wilhelm. Es dürfte wenig bekannt sein, daß auf dem Mosbacher Friedhof, auf dem seit mehreren Jahren Augusta Bender, die badische Dichterin, begraben ist, auch der zu Unrecht vergessene badische Dichter Heinrich Wilhelm und seine Gattin Katharina Wilhelm, geb. Reichgräfin v. Dittweiler, ihre Grabstätte haben. Wilhelm schuf seine Hauptwerke in Mosbach.

425 Jahre alte Dorfkirche. Die Dorfkirche von Sand, (Amt Rehl) kann auf ein 425jähriges Bestehen zurückblicken. Eigentlich ist sie schon 620 Jahre alt, denn ihr erster Bau war die sogenannte Sakristei, die vor 620 Jahre errichtet wurde und zunächst auch als Gotteshaus diente.

Druck G. Braun, Karlsruhe.